

## ANFRAGE

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	07.02.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

22.02.2023

Betreff:

Onlinezugangsgesetz  
- Anfrage der Volt-Fraktion

**1. Auf welchem Stand ist die Umsetzung der Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz?**

Die Stadtverwaltung Siegen hat mit dem Bereitstellen des Serviceportals unter [www.serviceportal-siegen.de](http://www.serviceportal-siegen.de) bereits Ende 2019 und durch einen sukzessiven Ausbau von Onlineformularen wesentliche Schritte in der OZG-Umsetzung beschritten. Über das Serviceportal werden heute viele Anträge für Verwaltungsleistungen und Services, die zum Teil auch über die OZG-Anforderungen hinausgehen und individuellen kommunalen Charakter besitzen, für Bürgerinnen und Bürger online angeboten. Das Angebot wird rege angenommen und genutzt.

Für die Bearbeitung des OZG hat die Stadtverwaltung Siegen einen städtischen OZG-Katalog erstellt, kontinuierlich aktualisiert, bearbeitet und tut dies auch weiterhin. Im Rahmen der Umsetzungsverpflichtungen für Großstädte und Kommunen wurden aus allen OZG-Leistungsbündeln des OZG insgesamt 148 OZG-Leistungsbündel ermittelt, bestehend aus mehr als 1200 Einzelleistungen des Leistungskatalogs der öffentlichen Verwaltung (LeiKa), welche für eine vollständige OZG-Umsetzung bei der Stadtverwal-

tung Siegen anzubieten wären, darunter auch Leistungsbündel aus dem Themenfeld Querschnitt. Alle online angebotenen Leistungen auf der städtischen Homepage und im Serviceportal wurden einer LeiKa-Zuordnung unterzogen und mittels Reifegradchecks auf die jeweils vorliegenden OZG-Reifegrade untersucht. Nach Betrachtung der ermittelten OZG-Reifegrade hat die Stadtverwaltung Siegen mit Stand vom 05.12.2022 insgesamt 49 OZG-Leistungsbündel teilweise oder vollständig umgesetzt. Darüber hinaus wurden Leistungen aus 29 weiteren, für die Stadtverwaltung nicht verpflichtenden Leistungsbündeln umgesetzt.

Eine Bewertung und Einordnung der erreichten OZG-Umsetzungsquote der Stadtverwaltung Siegen fällt im kommunalen Umfeld aufgrund fehlender qualitätsgesicherter Zahlen anderer Kommunen schwer, erscheint aktuell gar unmöglich. Die Zuständigkeit für die Dokumentation der in ihren Kommunen jeweils verfügbaren Online-Dienste liegt grundsätzlich bei den Ländern. Das Land Nordrhein-Westfalen führt die Umsetzungsstände in seinen Kommunen in Form eines „OZG-Dashboard Online-Dienste Nordrhein-Westfalen“ auf. Dieser Darstellung (Stand: 14.02.2023) ist zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung Siegen zu einer Gruppe von rund 100 Kommunen aus insgesamt 396 Kommunen in ganz NRW zählt, die bereits mehr als 400 Online-Dienste für Einzelleistungen umgesetzt haben.

Nach aktuellem Stand sind keine Kommunen – auch vergleichbarer Größenordnung – im Verbandsgebiet der Südwestfalen-IT (SIT) oder in anderen interkommunalen Zusammenhängen bekannt, welche eine OZG-Umsetzung annähernd erreicht haben. Dies war abzusehen, da die Rahmenbedingungen des OZG und Vorgaben von Bund und Ländern – milde formuliert – eine solche Umsetzungsquote nicht begünstigt haben. Kommunale Stimmen (vgl. u. a. Thesenpapier der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen vom 28.11.2022) forderten bereits weitere Maßnahmen des Bundes und der Länder, die ein (erneutes) Scheitern des OZG verhindern sollen.

## **2. Bis wann ist mit einer vollständigen Umsetzung zu rechnen?**

Das OZG ist weiterhin Treiber und wichtiger Baustein in der Digitalisierung der Kommunalverwaltung. Dienstleistungen sollen allerdings nicht nur bürgernäher, sondern auch effizienter erbracht werden. Daher wird das alleinige Fokussieren auf das Bereitstellen von Onlineanträgen (sog. Front End) in der zukünftigen OZG-Umsetzung einer gesamtheitlichen Betrachtung, Optimierung und Digitalisierung des gesamten Dienstleistungsprozesses weichen müssen und sich intensiver um die Integration von Fachverfahren und die Verbesserung der verwaltungsinternen Querschnitts- und Supportprozesse drehen. Dies versteht und etabliert die Stadtverwaltung Siegen als Daueraufgabe, welche mit dem Ziel einer Annäherung an eine bestmögliche Dienstleistungsbereitstellung auch nie vollständig abgeschlossen sein kann. Fest steht, dass die Stadt Siegen mit den im Jahr 2022 etablierten Arbeitsstrukturen (IT-Koordinierende der Geschäftsbereiche und Geschäftsbereichsübergreifende Arbeitsgruppe IT) eine solide Basis geschaffen hat, um den Umsetzungsgrad effizient und nachhaltig auszubauen.

Die Stadtverwaltung Siegen bekennt sich zum Ziel einer innovativen, digitalen und nutzerfreundlichen Verwaltung, allerdings wird eine Umsetzung des OZG ohne eine Abschaffung technischer wie rechtlicher Hürden und ohne angemessene finanzielle Ausstattung durch Bund und Länder nicht gelingen. Der aktuell vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des OZG sowie weiterer Vorschriften (OZG-ÄndG) lässt erahnen und hoffen, dass dazu die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. In Unkenntnis der exakten zukünftigen Rahmenbedingungen ist eine seriöse Schätzung der weiteren Umsetzungsdauer gleichwohl nicht zu leisten.

**3. Welche Folgen hat die Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgabe für die Stadt Siegen?**

Die Umsetzungsfrist für das OZG ist am 31. Dezember 2022 verstrichen. Eine vollständige und fristgerechte Umsetzung aller geforderten OZG-Leistungsbündel war für die Kommunen ohne Klärung der offenen organisatorischen, technischen und finanziellen Fragen durch Bund und Länder nicht möglich.

Im Referentenentwurf des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz, OZG-ÄndG) heißt es (Auszug):

*Doch trotz erkennbarer Erfolge bleiben der Digitalisierungsgrad und die Zufriedenheit mit der Verwaltung hinter den Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft zurück. Die Umsetzung des OZG ist aber immer dort erfolgreich, wo Bund und Länder gemeinsam und arbeitsteilig vorgegangen sind. Die dabei geschaffenen neuen Strukturen der Bund-Länder-Zusammenarbeit sollen verstetigt werden. Zugleich soll der Blick auf das Ziel gerichtet werden: eine einfache, moderne und digitale Verfahrensabwicklung.*

Der Gesetzentwurf sieht u. a. folgende Maßnahmen vor:

*Streichung OZG-Umsetzungsfrist zugunsten einer noch zu regelnden Schwerpunktsetzung und begleitenden Evaluierung, §§ 1a, 12 OZG*

Folgen für die Stadtverwaltung Siegen durch Nichteinhaltung der noch gültigen gesetzlichen Vorgaben werden aufgrund des anstehenden OZG-ÄndG und des damit einhergehenden Entfallens einer Umsetzungsfrist nicht erwartet.